

Unkonventionelle Erdgasvorkommen: Grundwasser schützen – Sorgen der Bürger ernst nehmen – Bergrecht ändern (Plenarsitzung vom 03.02.2011)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Kollege Dr. Romberg. – Für die Fraktion Die Linke spricht Herr Sagel.

Rüdiger Sagel (LINKE): Herr Präsident! Damen und Herren! Die Konzerne wittern beim Erdgas ein großes Geschäft – so kann man es landauf, landab in den Zeitungen lesen. „Im Erfolgsfall können Milliardenbeträge fließen“, sagte der Vorstandsvorsitzende der ExxonMobil Central Europe, Gernot Kalkoffen. Ausgerechnet Exxon, könnte man an dieser Stelle ergänzen; denn wir wissen, wie viele Umweltschäden sie weltweit schon verursacht haben.

Man vermutet hier das eventuell zweitgrößte Erdgasvorkommen Europas. Wir als Linke sagen klipp und klar: Wir wollen nicht jede Energiequelle, die es auf respektive unter der Erde gibt, ausbeuten. Wir wollen nicht, dass Konzerne Milliarden- oder Millionengewinne machen. Wir wollen nicht auf Kosten von Natur und Umwelt mit obertägigen Auswirkungen für Städte, Gemeinden und Bürger eine derartige Politik und ein derartiges Verfahren zulassen, wie es jetzt geplant ist. Wir wollen Ressourcen – insbesondere unsere wichtigste, das Wasser – schützen.

Als münsterländischer Abgeordneter sage ich hier auch klipp und klar: Wir sind als Linke grün – im besten Sinne des Wortes.

(Beifall von der LINKEN)

Den Menschen in Nordrhein-Westfalen wird schon jetzt nicht die Wahrheit gesagt. Wer dieses Erdgas in NRW, einem der am dichtesten besiedelten Räume Europas, fördert, wird Auswirkungen bekommen, die in keiner Weise abschließend einschätzbar sind.

Das sage ich hier auch als Bergbauingenieur, der jahrelang als Umweltgutachter tätig war, insbesondere im Zusammenhang mit der Nordwanderung des Ruhrbergbaus. Daher weiß ich sehr genau, wie die Erdschichten in Nordrhein-Westfalen und insbesondere im Münsterland aussehen.

Die Verunreinigung des lebenswichtigen Grundwassers ist dabei nur eine mögliche negative Folge. Die Druckentlastung, die durch eine Förderung des Gases entsteht, kann noch wesentlich weiter reichende Folgen haben. Es entstehen Risse, Klüfte und Spalten. Die Grundwasserhorizonte bekommen untereinander Kontakt. Das ist ein ganz wesentlicher Aspekt.

Wir sind deshalb grundsätzlich gegen die Förderung und daher auch gegen die Probebohrungen, und zwar ganz grundsätzlich.

Ein Kontakt zwischen Bohrwasser und Grundwasser sei dem Grunde nach nicht zu erwarten – so

hat es das Geologische Landesamt Nordrhein-Westfalen ausgedrückt. Das zeigt, dass auch Sie in der Sache nicht neutral sind. Ich sage das auch als jemand, der schon auf Bohrtürmen gearbeitet hat und weiß, wie solche Bohrungen funktionieren. Dabei ist ein Grundwasserkontakt überhaupt nicht auszuschließen.

Als bisher einzige Fraktion im Landtag lehnen wir deshalb – auch mit unserem Entschließungsantrag – diese Probebohrungen entschieden ab. Grüne und SPD sind aufgefordert, hier mit uns eine klare ablehnende Haltung einzunehmen. Bei beiden Parteien ist das aber im Moment so noch nicht zu erkennen. Von CDU und FDP wissen wir, was wir zu erwarten haben: in der Sache konkret nichts. – Das haben wir heute auch sehr deutlich gehört.

Deswegen sage ich an dieser Stelle abschließend: Wir erwarten sehr konkret, dass hier tatsächlich neutrale Informationen vorgelegt werden, was zu erwarten ist. Wir erwarten sehr konkret, dass wir in der Sache aufschlussreich und umfassend informiert werden.

Ich habe mich sehr gewundert, dass zum Beispiel in der „Rheinischen Post“ ist am 24. Januar veröffentlicht worden ist: „Genehmigte Erprobungsflächen für die Suche nach Erdgas in NRW“. – Ich will, wir wollen als Linke vom Wirtschaftsministerium Aufschluss darüber haben: Was ist da bisher genehmigt worden? Wie sieht die Situation tatsächlich aktuell aus?

Wir sagen klipp und klar: Wir sind grundsätzlich gegen diese Erkundung, gegen diese Probebohrungen. Wir hoffen, dass wir in Zukunft auch eine klare Mehrheit im Landtag für diese Politik haben. – Danke schön.

(Beifall von der LINKEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Sagel. – Für die Landesregierung hat Herr Minister Rimmel das Wort.